

Ruhmlose Jahrestage

Admiral a. D. Theodor Hoffmann

Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e.V.

Generalleutnant a. D. Manfred Volland

Mitglied des Vorstandes ISOR e.V.

Die Völker der Welt werden 2014 der Millionen Toten gedenken, die in den beiden Weltkriegen des vorigen Jahrhunderts zu beklagen sind.

Der 1. Weltkrieg hatte vor 100 Jahren 1914 und der 2. Weltkrieg vor 75 Jahren 1939 begonnen. Gedenken heißt vor allem erinnern, Ursachen zu suchen, Lehren zu ziehen und Konsequenzen für das Weiterleben der Völker abzuleiten.

Am 2.12.1914 lehnte Karl Liebknecht die Kriegskredite im Reichstag mit folgender Begründung ab:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstsens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg.“

Dieser barbarische, über vier Jahre dauernde Krieg hat den europäischen Völkern mehr als 15 Millionen Tote, unsagbares Elend und Leid gebracht und endete mit einer verheerenden Niederlage des deutschen Imperialismus.

Liebknechts eindeutige Charakterisierung des 1. Weltkrieges hat sich mit dem 2. Weltkrieg bis zur Gegenwart, dem Überfall auf Jugoslawien, mit dem Krieg gegen Afghanistan und bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr bestätigt. Diese Beurteilung hat bis heute nichts an Aktualität verloren und gehört zur Analysenforschung über Krieg und Frieden genauso wie Lenins Imperialismusanalyse. Er wies nach, dass der Expansionsdrang imperialistischer Mächte die wesentliche Ursache des 1. Weltkrieges war.

Nationale und internationale Monopole stehen im erbitternden Konkurrenzkampf um Absatzmärkte, Gewinnung von Rohstoffen zur Erreichung von Maximalprofit. Längst ist die Rüstungsproduktion und deren Export zum lukrativsten Geschäft des Industrie- und Bank-

kapitals geworden. Völkerrechtliche Normen, elementare Menschenrechte werden außer Kraft gesetzt, wenn es um Macht und Profit geht. Aggressiv in seiner Wesensart, begann der deutsche Imperialismus unter Missachtung des Versailler Vertrages und zur faschistischen Diktatur ausgewachsen, im Jahre 1939 den 2. Weltkrieg.

Die maßlose Gier des deutschen Imperialismus nach weltweiter Macht, mit deutscher Großmannsucht und arischer Verblödung gepaart, stürzte die Welt in einen Krieg, den diese bisher nicht kannte. An seinem Ende waren mehr als 60 Millionen Tote zu beklagen.

Millionen wurden aus ihren Heimatländern vertrieben, wie Sklaven in Konzentrationslagern misshandelt und ermordet, darunter sechs Millionen Juden und Hunderttausende

Sinti und Roma. Unzählige deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen, Antifaschisten und Kriegsgegner fielen dem Rassenwahn zum Opfer. Die größten Opfer brachte die Sowjetunion. Mehr als 26 Millionen Sowjetbürger haben ihr Leben gelassen, 1700 Städte, 70 000 Dörfer und mehr als sechs Millionen Gebäude wurden zerstört.

Mit der vernichtenden Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 war die Zeit gekommen, dass auch in Deutschland die Frage Krieg und Frieden einer eindeutigen Zäsur bedurfte. Wir hatten die Pflicht, uns ohne Wenn und Aber als die Hauptschuldigen an der Menschheitskatastrophe des Jahrhunderts zu bekennen.

Das Feuer des Krieges war noch nicht verloschen, da haben machtjagende Vertreter des Großkapitals eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges ins Visier genommen. Im Bunde mit dem USA-Imperialismus glaubten die deutschen Raubritter, die Zeit für eine Revanche sei gekommen. Der Kalte Krieg wurde angeheizt, die Wiederaufbrüstung vorangetrieben und mit der NATO entstand ein gefährliches Bedrohungspotential.

Die DDR in ihrer 40-jährigen Existenz und die zu ihrem äußeren Schutz geschaffenen bewaffneten Organe, allen voran die NVA, hat die Lehren der Vergangenheit ernst genommen. Frieden war die Lebensmaxime unseres Staates.

Nicht einen Tag hat die DDR Krieg geführt und kein Soldat der NVA war für kriegerische Aktionen im Ausland eingesetzt. In diesem Sinne haben wir die Lehren von Karl Liebknecht und Lenin beherzigt. Es erfüllt uns heute noch mit Stolz, dass wir als Mitglieder von ISOR und dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR zu jenen zählen, die die längste Friedensperiode im vergangenen Jahrhundert mit gesichert haben. Das ist für uns im Jahre 2014, dem 65. Gründungsjahr der DDR, ein Anlass, diese Tatsache selbstbewusst zu würdigen. Diese Friedenspolitik der DDR beruhte auf unserer Verfassung, in der im Artikel 8 festgelegt war, dass „die Deutsche Demokratische Republik niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einzusetzen“ wird.

Die Charta von Paris vom 21.11.1990 mit 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada orientierte nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes auf die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung für Europa. Dazu war das internationale Kapital aber nicht bereit. Nach Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 wäre es logisch gewesen, dass sich auch die NATO aufgelöst hätte. Man erfand neue Bedrohungslegenden zur Verschleierung seiner ökonomischen und politischen Expansionsziele. So begann ein neues Zeitalter von Kriegen und bewaffneten Konflikten. Aktuell gibt es weltweit 34 bewaffnete Konflikte. Sie werden heute unter den Legenden „Terrorismusbekämpfung“, „asymmetrischer Krieg“, „ethnische Auseinandersetzung“, „Sicherung des ökonomischen Wachstums“, „Kriege um Freiheit und Menschenrechte“ geführt.

Nach Eingliederung der DDR in die BRD wurden die Kriegsbeteiligung Deutschlands und der Auslandseinsatz der Bundeswehr zum Alltagsgeschäft deutscher Politik.

Das Eiserne Kreuz, unter dem die Wehrmacht im 1. und 2. Weltkrieg grausamen Völkermord beging, wurde erneut zum Symbol kriegerischer Handlungen mit deutscher Beteiligung. Zum Jahresende 2013 waren noch immer mehr als 5200 Soldaten der Bundeswehr

im Auslandseinsatz, so u. a. in Afghanistan, Kosovo, am Horn von Afrika, im Libanon, Sudan, Mali und in der Türkei.

Leider hat sich in der deutschen Geschichte die Sozialdemokratie stets als Steigbügelhalter und Befürworter der Kriegsherren erwiesen. Das ist auch heute so mit der uneingeschränkten Zustimmung zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr und zu Fragen des Rüstungsexportes. Es ist wohl illusionär anzunehmen, dass die Sozialdemokratie ihre seit fast 100 Jahren praktizierte zustimmende Haltung zu den Fragen des Krieges ändert. Diese Haltung aber kann und darf keine Forderung für die Koalitionsfähigkeit der LINKEN sein.

Die Rolle der Partei DIE LINKE als einzige Antikriegspartei im Deutschen Bundestag muss erhalten werden. Bis heute lehnt sie alle Kriegseinsätze ab, ist gegen Waffenexporte und tritt für die friedliche Lösung anstehender Konflikte und für die Einhaltung des Völkerrechts durch alle Länder und ihre Regierungen ein. Von ihr kann man behaupten, dass sie bisher die Lehren aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts gezogen hat. Wir erwarten von ihr auch zukünftig eine solche prinzipielle Haltung. Sie darf nicht dulden, dass diese Antikriegshaltung, durch wen auch immer, in Frage gestellt wird. Sie steht in der Pflicht, alle Antikriegskräfte um sich zu scharen und sich an die Spitze notwendiger Aktionen zu stellen.

Wir von ISOR und vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR stehen diesbezüglich an ihrer Seite und

werden sie nach unseren Möglichkeiten dabei unterstützen, in der Hoffnung, dass wir auch von ihr die erforderliche Unterstützung bei der Umsetzung unserer von der Vertreterversammlung gegebenen Orientierung erhalten.

Die Gedenktage 2014 müssen vor allem Anlass sein, eine Lehre zu beherzigen:

Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden kein Geschenk.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschäftigte sich schwerpunkt-mäßig mit der Auswertung der Vertreterver-sammlung. Übereinstimmend wurde einge-schätzt, dass sie auf hohem Niveau durchgeführt wurde und die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Auch die Gäste würdigten die klaren Aussagen zur Perspektive der ISOR und die insgesamt sachliche und konstruktive Atmosphäre.

*

Horst Parton informierte über ein Gespräch mit Dr. Martina Bunge. Von Bedeutung ist dabei insbesondere die Einschätzung, dass bei der Beseitigung der Ungleichheiten Ost – West in Rentenfragen politische Fortschritte für mög-lich gehalten werden und die Fraktion DIE LINKE beabsichtigt, diese Probleme erneut im Bundestag anzumahnen.

*

Prof. Dr. Horst Bischoff gab eine fundierte Ein-schätzung zum Stand und zu den Perspektiven

der weiteren Zusammenarbeit mit Parteien, Verbänden und Vereinen. Noch im Dezember 2013 werden die Vorsitzenden der ISOR, GBM und GRH und deren Stellvertreter darüber beraten, wie ihre Zusammenarbeit weiter ausgebaut und verbessert werden kann.

Staatsanwälte fordern Rentengerechtigkeit

Bei einem Treffen ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Generalstaatsanwaltschaft sprachen sich die Teilnehmer gegen das anhaltende Rentenunrecht in Ostdeutschland aus. Sie kritisierten die Unterschiede bei der Bewertung der Rentenpunkte Ost und West als Verletzung des Grundgesetzes und verurteilten das diskriminierende Rentenstrafrecht nach §§ 6 und 7 AAÜG. In diesem Zusammenhang solidarisierten sie sich mit allen vom Rentenunrecht Betroffenen und sprachen sich für die weitere juristische und politische Auseinandersetzung mit diesem Un-recht aus. Besondere Wertschätzung fand die langjährige Arbeit von ISOR, die gegenwärtig in beispielhafter Solidarität die Beschwerde der Witwe eines ehemals leitenden Staatsanwalts beim Bundesverfassungsgericht unterstützt.

Die Teilnehmer der Veranstaltung forderten, nach 23 Jahren staatlicher Einheit endlich in Verwirklichung des Einigungsvertrages die „Sozialgrenze“ in Deutschland aufzuheben und Löhne und Renten im Beitreitungsgebiet der alten Bundesrepublik anzugleichen.

Hans Bauer, GRH



Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir in Fortsetzungen Stimmen zur Vertreterversammlung

Meine Eindrücke aus der diesjährigen Vertreterkonferenz und der Mitgliederversammlung der TIG Dresden im November. Bei uns sprach Prof. Dr. Horst Bischoff in Auswertung der Vertreterkonferenz zu den Aufgaben von ISOR unter den Bedingungen der gegenwärtigen politischen Lage. Dabei war für alle Anwesenden besonders der Stand des rechtlichen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht überzeugend dargestellt und der weitere Weg unseres Vereins als Gemeinschaft Gleichgesinnter herausgearbeitet worden. Die Teilnahme als Delegierter zu unseren Vertreterkonferenzen in den Jahren 2004 und 2013 sowie die Ausführungen von Horst Bischoff waren für mich Anlass, meine persönlichen Eindrücke aus den Beratungen in der Diskussion zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Erreichen des Rentenalters wurde ich im Jahr 2000 Mitglied von ISOR, ob-

wohl die Rentenstrafe bei den Angehörigen des MdI bereits beseitigt war. Für mich war die Entscheidung, Mitglied zu werden, einfach aus der jahrelangen politischen Prägung und der Solidarität mit den ehemaligen Kampfgefährten selbstverständlich. Denn der sofortige Kampf von ISOR gegen das Rentenstrafrecht hat uns als Angehörige des MdI unsere Rente gesichert. Das sollten wir den Gründern von ISOR niemals vergessen.

Meine Mitgliedschaft in ISOR wurde aber besonders auf der Vertreterkonferenz im Jahr 2004 geprägt. Beeindruckend war für mich der Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Azzola, der sich als „Nichtossi“ für unsere Belange, einfach aus seinem rechtlichen und persönlichen Verständnis heraus, eingesetzt hatte. Er hat uns damals auf einen kompromisslosen und niemals nachlassenden Kampf gegen das Rentenstrafrecht und für soziale

Gerechtigkeit eingeschworen. Ging es damals im wesentlichen um die rechtliche Auseinandersetzung zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes, so entwickelte sich ISOR in den weiteren Jahren auch immer stärker zu einem Verein, in dem Gleichgesinnte eine politische und persönliche Heimat gefunden haben. Bestehende Freundschaften wurden durch neue Freundschaften erweitert. Diese Entwicklung wurde auch auf der diesjährigen Vertreterkonferenz in den Diskussionen herausgearbeitet.

Stellen wir uns doch die Frage: Bestünden denn die heutigen Kontakte und Freundschaften, wenn wir uns nicht in ISOR organisiert hätten?

Wo würden unsere betagten Mitglieder die erforderliche rechtliche und persönliche Hilfe erhalten, wenn nicht in ISOR? Wir wären im ganzen

Land verstreut und wären isoliert (das wollte die Politik auch erreichen). In dieser Phase hatten die Rechtskommissionen in den TIG eine umfassende Arbeit zu leisten. Sie haben gerade in den Anfangsjahren alles Persönliche zurückgestellt, um jeden beim Rentenantrag, der Prüfung des Rentenbescheides, der Erarbeitung der Widersprüche und in der Zusammenarbeit mit unseren Rechtsanwälten beratend zur Seite zu stehen. Sie waren und sind noch heute neben den Betreuern eine wichtige Quelle für unseren Zusammenhalt in ISOR. Meine persönliche Schlussfolgerung ist: Unabhängig, wie die Entscheidung eines Gerichtes ausfällt: ISOR ist und bleibt die Heimat von Gleichgesinnten. Damit ist auch die Frage, wie es mit ISOR weitergeht, beantwortet. Festigen wir unsere Freundschaften auch durch viele gemeinsame Aktivitäten (wie Fahrten, Wanderungen und Hilfen in allen persönlichen Lebensbereichen)! Denken wir stets daran, dass für uns eine intakte Familie und echte Freunde, die wir in ISOR haben, entscheidende Voraussetzungen für unser Wohlbefinden sind.

Wolfgang Bohlke TIG Dresden

*

Die **TIG Quedlinburg** hat aus der Erfahrung, dass zu Mitgliederversammlungen aus den unterschiedlichsten Gründen lediglich ca. 1/4 der Mitglieder erscheinen, hinsichtlich der Auswertung der Vertreterversammlung einen zusätzlichen Weg gewählt.

Als Delegierter unserer TIG habe ich in einem zweiseitigen Papier meine persönlichen Gedanken zur Vertreterversammlung aufgeschrieben und jedem Mitglied zukommen lassen. Das bildete dann auch die Grundlage der Auswertung in der Mitgliederversammlung am 20. November.

In dem Papier habe ich mich auf die zwei wesentlichsten Dinge konzentriert, welche die Vertreterversammlung mir vermittelt hat, nämlich den begründeten Optimismus einer positiven Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes und dass ISOR zu einer gewichtigen politischen Kraft in Deutschland erstarckt ist und somit sind jede Art von Auflösungsgedanken fehl am Platz.

Gleichwohl wird jedoch jenen Mitgliedern gedankt, deren Rentenproblem bereits gelöst ist bzw. als Sympathisanten unserer TIG angehören und trotzdem weiter an unserer Seite stehen, obwohl sie keine weiteren bzw. keine persönlichen Vorteile zu erwarten haben. Diese an alle Mitglieder herangetragenen Aussagen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. So hat z.B. ein Mitglied seine Austrittserklärung wieder zurückgenommen und in der Mitgliederversammlung war ein positives Echo nicht zu übersehen.

Ich habe mich auch, angesichts der realen Zukunftsaussichten durch die Vertreterversammlung, bereit erklärt, mit jedem Mitglied einzeln über seine derzeitigen Fragen und Probleme zu sprechen, denn aus meiner Erfahrung entstehen Zweifel und Resignation meistens aus Unkennt-

nis in der Sache. Zudem ist der Monatsbeitrag die zurzeit sinnvollste „Geldanlage“!

Damit jeder sieht, wie sich sein Mitgliedsbeitrag im wahrsten Sinne des Wortes rechnet, wurde dem Papier die Zugewinntabelle mit ausführlicher Handhabung derselben beigelegt. Jeder ehemalige Mfs-Angehörige kann sich damit errechnen bzw. ablesen, ob und in welcher Höhe sich seine Rente erhöht, wenn das Entgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze angerechnet wird.

Mit all diesem Wissen sollten alle Gründe einer etwaigen Aufkündigung der Mitgliedschaft ausgeräumt sein!

Heinz Tischner

*

Am 02.11.2013 fand in der **TIG Bischofswerda** die Jahreshauptversammlung statt. Sie stand ganz unter dem Zeichen der Auswertung unserer Vertreterversammlung in Berlin. Zu dieser Veranstaltung wurden die Vorsitzenden der umliegenden TIG, Dresden, Bautzen, und Kamenz eingeladen. In der Diskussion sollte u.a. auf das Kernproblem „Wie weiter?“ eingegangen werden. Es soll nach Wegen und Lösungen gesucht werden, ohne die Existenz der ISOR in Frage zu stellen. Denn ISOR ist und bleibt unsere politische Heimat.

Die TIG-Vorsitzenden überbrachten Glückwünsche und Kampfesgrüße ihrer TIG, Andreas Bendel für Dresden, als Vertreter der GRH Dresden Hardi Anders, Paul Bormann für Kamenz und Achim Thielemann für Bautzen.

Die Auswertung der Vertreterversammlung lag in den Händen des Delegierten und wieder gewählten Vorstandsmitgliedes von ISOR sowie Landesbeauftragten für Sachsen, Horst Eismann und des delegierten Vorsitzenden der TIG Bischofswerda Dieter Rosenkranz.

Diese Mitgliederversammlung wurde in einem feierlichen Rahmen im Beisein unserer Ehepartnerinnen und Partner durchgeführt. Nach der Begrüßung der Teilnehmer der TIG Bischofswerda und Gäste informierte der Vorsitzende der TIG über die entstandene Situation im Strafverfahren gegen Wolfgang Schmidt. Spontan wurde zur einer Spendenaktion aufgerufen. Die Spende wurde unter starkem Beifall an Horst Eismann zur Weitergabe feierlich übergeben.

Die Ergebnisse der Vertreterversammlung und der Text der Entschließung fanden bei allen Anwesenden volle Zustimmung. Keiner der Anwesenden will den gemeinsamen Weg als Heimstatt Gleichgesinnter verlassen. In der Diskussion wurden erste Schritte festgelegt, über das führungsmäßige Zusammengehen der TIG Bischofswerda, Bautzen, Kamenz und Hoyerswerda. Dabei wurde diskutiert, dass die Kassierung, die Mitgliederbetreuung und Mitgliedergewinnung in der jeweiligen TIG verbleibt, aber die politische und rechtliche Führung zusammengeführt in einem gemeinsamen Vorstand erfolgen soll. Dieser Zusammenschluss soll soweit gehen, dass neben gemeinsamen Vorstandssitzungen auch bei Bedarf gemeinsame Mitgliederversammlungen durchgeführt werden.

Die Vergangenheit hat bereits gezeigt, dass sich solche „Großveranstaltungen“ positiv auf die Effektivität und auf die Motivation der Mitglieder auswirken. Diesbezüglich war auch festzustellen, dass diese „Kräfteballung“, den Gesamtaufwand merklich senkte und auch mehr Mitglieder zu den Versammlungen zusammenkamen, da auch ein „Wiedersehen alter Bekannter“ sich stimulierend auf den Mitgliederbestand auswirkte.

In dieser gemeinsamen Veranstaltung in Bischofswerda wurden Maßnahmen besprochen, wie es politisch differenziert im Zusammenwirken mit der Partei die Linke und sozialen Vereinen im Territorium weitergehen soll. Ausgangspunkt war, dass alle drei TIG kommunalpolitisch in einem Territorium, dem Kreis Bautzen, verankert sind und Hoyerswerda als kreisfreie Stadt an diesen Kreis angrenzt. Die Vorschläge fanden volle Zustimmung. Der nächste Schritt soll sein, alle gewählten Vorstände an einen Tisch zu bringen, um arbeitsteilig die nächsten Schritte und Aufgaben zu besprechen.

Nach Beendigung der Mitgliederversammlung wurde ein kultureller Beitrag geboten. Im Anschluss fand ein gemeinsames Abendessen statt, was von den Mitgliedern selbst finanziert wurde. Durch die Teilnehmer wurde bekundet, dass diese Veranstaltung ein sehr hohes Niveau hatte und bei den Mitgliedern gut ankam, was zahlreiche Danksagungen nach der Versammlung und Telefonate beim TIG-Vorsitzenden in den Folgetagen bekundeten.

Dieter Rosenkranz

*

Vorletzter Oktoberfesttag in Prenzlau. Wenige Tage nach der 6. Vertreterkonferenz in Berlin trafen sich erstmalig Mitglieder der neu gebildeten **TIG Uckermark**. Eingeladen waren auch Vereinsfreunde aus Eggesin und Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern).

Wie weiter mit ISOR? Diese hochaktuelle Frage vor und nach der Berliner Konferenz bewegt wohl alle Mitglieder unserer sozialen Vereinigung doch sehr stark und bestimmte auch den Verlauf der Zusammenkunft.

Informationen und Auskünfte aus erster Hand gaben dazu die vom TIG-Vorstand eingeladenen Gäste Dr. Rainer Rothe, stellvertretender Vorsitzender von ISOR und Manfred Jonischkies, neu gewähltes ISOR-Vorstandsmitglied, welcher sich auch als Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern vorstellte. Beide berichteten über wichtige Aspekte der Konferenz, deren Verlauf und Atmosphäre sie als sehr sachlich, kritisch und zustimmend schilderten. Sie hoben hervor, dass in Berlin verantwortungsvoll und satzungsgemäß der Wille zum Erhalt unseres Sozialvereins bekräftigt wurde - eine Antwort an Zweifler und mutlos Werdende. ISOR habe sich mit zunehmender Anerkennung und aktiv in die Gesellschaft, eingebettet und werde den vor 22 Jahren begonnenen politischen und juristischen Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, für die Besie-

tigung des Rentenstrafrechts und von Strafrenten fortsetzen. Belege seien z.B. die zahlreichen Verfassungsbeschwerden Gerichtsverfahren, Widersprüche gegen Rentenbescheide und auch die mehr als 70 000 Petitionsunterschriften. Rainer Rothe ging auch auf die juristischen Probleme ein, die den Weg der beim Bundesverfassungsgericht vorliegenden Verfassungsbeschwerden begleiten. „Wir führen unseren Kampf auf der Basis des Grundgesetzes und der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Mit unseren Verfahren verteidigen wir auch das Grundgesetz.“ Ein Stück Hoffnung für unseren langjährigen Kampf? Spekulationen über Zeit und Ergebnis der zu erwartenden gerichtlichen Entscheidung seien allerdings nicht angebracht. Sollten neue Entscheidungen heranreifen, dann könnte eine erneute Mitgliederbefragung bei der Kursbestimmung helfen. Dieses von einer sachlichen und durchaus optimistischen Atmosphäre begleitete Treffen in der Uckermark - Kreisstadt gab manchen nützlichen Rat und neue Anregungen für die aktive Tätigkeit der Vereinsfreunde in den TIG mit auf den Weg. Als Randnotiz wäre noch nachzutragen: Im Auftrage des ISOR-Vorstandes überreichte TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg dem Vereinsfreund Fritz Lange eine Ehrenurkunde. Dieser ist seit 22 Jahren dabei, war der Geburshelfer der TIG in Angermünde und Prenzlau und ist heute noch aktiv im TIG-Vorstand Uckermark.

Benno Butschalowski
*

Die Mitglieder der **TIG Ribnitz - Damgarten – Barth, Zingst, Fischland/Darß** wurden in einer Versammlung über die Vertreterkonferenz vom 21. und 22.10.2013 informiert.

Uneingeschränkt wurde der bisherigen Tätigkeit, den aktuellen Maßnahmen mit dem Ziel der Beseitigung des Rentenstrafrechts und auch den darüber hinausgehenden politisch-gesellschaftlichen Aktivitäten des ISOR-Vorstandes zugestimmt. Den Mitgliedern der TIG wurde für ihre Mitarbeit und ihren Rückhalt gedankt, vor allem den Nichtmehrbetroffenen, die fast 40% der Mitglieder ausmachen.

Übereinstimmung gab es, weiterhin mitzuarbeiten und einzustehen für die Tätigkeit von ISOR bis zu einer Entscheidung in der Überwindung des Rentenstrafrechts.

Wie seit einigen Jahren wurde die Mitgliederversammlung mit einer thematischen Veranstaltung verbunden. Die Ausführungen von Egon Krenz zum Buch „Walter Ulbricht“ fand großes Interesse und Zustimmung. Beachtung fand ein zutreffender Beitrag in diesem Buch unseres Zingster ISOR-Mitglieds Gerhard Schneider.

Die 70 Zeugen und das hervorragende Vorwort von Egon Krenz sind zeitgeschichtlich außerordentlich bedeutsam und ein Gegengewicht zu den bis heute andauernden Verleumdungen und Herabwürdigungen der DDR und Walter Ulrichs.

Wie bisher wurden zur Mitgliederversammlung Ehepartner bzw. Lebensgefährten und persönliche Gäste eingeladen. Mit einer zwanglosen Aussprache und einem gemeinsamen Essen wurde die Mitgliederversammlung beendet.

Henry Otto

Bei anderen gelesen

Aus dem Mitgliedermagazin der Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft EVG imtakt Nr. 11/13:

Erstmals hat die EVG in diesem Jahr einen Aktions- bzw. Thementag Senioren durchgeführt. Vorbereitung und Durchführung lag in den Händen der Landesverbände und der Seniorenguppen Berlin: Bei einer Diskussionsrunde in Berlin forderte die Gewerkschaft von der künftigen Bundesregierung, die Ost-West-Rentenangleichung endlich anzugehen. „Das Thema steht für uns ganz oben auf der Tagesordnung“, sagte die stellvertretende Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba. In der Runde, an der rund 50 Seniorinnen und Senioren teilnahmen, fand diese Position große Zustimmung. „Es ist völlig unverständlich und ungerecht“, so ein Kollege, „dass es 23 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch solche Ungleichbehandlung gibt.“

Auch das Thema Altersversorgung Deutsche Reichsbahn ist für die EVG noch nicht erledigt. Regina Rusch-Ziemba wies darauf hin, dass rund die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag neu und mit vielen Themen noch nicht vertraut ist. „Wir müssen“, so die Aufforderung einer Kollegin, „an unsere örtlichen neu gewählten Bundestagsabgeordneten ran und sie für diese Thematik

sensibilisieren.“ Auch die Pflegeversicherung müsse grundlegend reformiert werden, so Rusch-Ziemba. Ziel sei, die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.

Lesenswert

Kurt Gossweiler

Großbanken, Industriemonopole und Staat
Papy Rossa Verlag, Köln 2013, 377 Seiten, Preis 24,- Euro, ISBN 978-3-89438-519-4

Das Buch erschien noch vor seinem 96. Geburtstag als ein Reprint einer Ausgabe des Deutschen Verlages der Wissenschaften (Berlin/DDR) von 1971 und später auch in einem Westberliner Verlag. Der emeritierte Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften legt hier seine Forschungsergebnisse zur deutschen Wirtschaftsgeschichte in der Zeit von 1914 bis 1932 dar.

Es gelang ihm, in einer leicht verständlichen Form unter Verwendung enormen Archivmaterials darzulegen, wie Industrie- und Finanzmonopole ihre ökonomische Macht in politische umsetzen und welche Rolle dabei Parteien spielen. Gerade unter dem Eindruck des Scheingerangs um eine große Koalition, zeigt das Buch seine Aktualität. Es ist allen zu empfehlen, die Zusammenhänge erkennen wollen, da auch die dialektische Herangehensweise des Autors klar erkennbar ist. Eine nachträgliche Gratulation für Genossen Gossweiler zu seinem Jubiläum im November und Dank an den Verlag für die Neuauflage. H.J.F

Aus der Postmappe

Beim diesjährigen Grenzertreffen der GRH lernte ich Prof. Dr. Bischoff kennen. Ich hatte kurz berichtet über die Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“, anlässlich des 75. Jahrestages des Münchner Abkommens.

Näheres unter www.himmlischevier.de.

Der Aktionszug war vom 29. September bis 8. Oktober von München nach Prag gezogen. Die Aktion warnt vor dem kommenden deut-

>>> Fortsetzung auf Seite 6

Zwischenruf

Ein Migrantenpaar zieht durch die fremde Stadt. Die Frau ist hochschwanger, aber es gibt keine Unterkunft, so dass nur ein Viehstall bleibt. In diesem entbindet die Frau einen Jungen. Das soll sich so vor gut 2000 Jahren in Palästina zugetragen haben. Mit Mystik und zunehmendem Kommerz wurde daraus eine Geschichte gestrickt, die jährlich wiederholt wird, weil damals dort der Erlöser der Menschheit, der Messias, geboren worden sein soll. Seitdem klammert sich die Hoffnung von Generationen an das Erlöserkind.

Aber was ist mit den Kindern der Flüchtlinge im heutigen Palästina, auf Lampedusa, in Syrien, Afghanistan, in Afrika? Der allseits gelobte biblische Erlöser legte sich damals mit den Herrschenden an und wurde prompt von ihnen ermordet. Wie viele der heutigen Elendskinder verhungern, sterben an Krankheiten oder werden Opfer von Gewalt und Kriegen? Wenn unter diesen nun der Messias gewesen wäre?

Wenn die Glocken zum „Heiligen Abend“ verklungen sind und die westliche „Wertegemeinschaft“ sich die Bäuche stopft, sind solche Überlegungen bis zum nächsten Mal archiviert. Das Erlöserkind baumelt als Schokoladenfigur am Weihnachtsbaum. Die Erlösung bleibt wieder das jahrtausendalte Versprechen. Sie wird auch nicht kommen. Denn eines zeigt sich immer wieder: „Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun...“

w.k.

>>> Fortsetzung von Seite 4

schen Krieg und wird fortgesetzt. Anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls auf Polen wird der Zug im September 2014 nach Polen unterwegs sein. Gerne werde ich ISOR über die weiteren Pläne informieren.

Diese Aktion ist ein Beispiel, wie die so wichtige alters- und organisationsübergreifende Einheitsfront funktionieren kann. Was mir zudem sehr am Herzen liegt, ist die zahlreiche Teilnahme von Jugendlichen, insbesondere FDJ-Mitgliedern. Als Vorstandsmitglied des Fördererkreises der FDJ sage ich: Die Jugend braucht unsere Unterstützung!

Am 16. November initiierte die FDJ Sachsen z.B. ein Bündnis, das gegen die Indienststellung der „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ in Dresden mobilisierte und eine Demonstration und Kundgebung unter dem Motto „Nie wieder Freikorps!“ durchführte.

Zur Einrichtung dieser Heimatschutztruppen erklärten die beiden Europa-Abgeordneten der Linken, Sabine Lösing und Cornelia Ernst: „Mit den RSU-Kräften sollen zivile Organisationen der Katastrophenhilfe wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit der Bundeswehr zusammengeführt werden. Diese zivil-militärische Zusammenarbeit soll den Einfluss der Bundeswehr auf die Gesellschaft verstärken...“ Leider wurden bei dieser Demonstration alle FDJ-Mitglieder ihrer Blauhemden beraubt („Sicherstellung“ nennt die Polizei das), da sie angeblich gegen § 86a StGB „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ verstoßen hätten. Und das, obwohl erst kurz zuvor ein Dresdner Richter ein Verfahren wegen einer FDJ-Fahne gegen eine FDJlerin niedergeschlagen hatte.

Einer solchen Kriminalisierung eines Jugendverbandes, der von seiner Gründung an den Kampf gegen Krieg und Faschismus führt und die Jugend dafür vereint und mobilisiert, gilt es entgegenzutreten. Wir brauchen diese Jugend, und das auch auf internationaler Ebene, z.B. bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Dezember in Ecuador.

In Zuversicht auf künftig gute Zusammenarbeit und weiterer gegenseitige Informierung verbleibe ich mit solidarischen und kämpferischen Grüßen

Martina Holzinger

ISOR aktuell macht auf das Portal amerika21.de im Internet aufmerksam. Hier werden kostenlos Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika und der Karibik deutschsprachig zur Verfügung gestellt, die andere Medien oft schuldig bleiben, darunter Positionen von sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Regierungen und regierungsunabhängigen Organisationen. Mit der Übersetzung von Texten bewegungsnaher Medien in Lateinamerika wollen die Betreiber mit der Sicht von Aktivisten auf die politischen Entwicklungen des Kontinents Nutzer in deutschsprachigen Ländern bekannt machen und beitragen, den kommunikativen Austausch zu erleichtern. Sie nutzen die Möglichkeiten von Online-Medien durch Verlinkung von Recherchequellen in den Texten, um Inhalte nachvollziehbar zu machen.

Ein Pressespiegel dokumentiert Artikel über Lateinamerika in deutschsprachigen Medien und kommentiert Berichte, die als vorurteils- und fehlerbehaftet beurteilt werden. **ISOR aktuell** empfiehlt amerika21 aus inhaltlichen Erwägungen und zugleich aus Gründen der Solidarität.

In eigener Sache

Unsere Geschäftsstelle bleibt in der Zeit vom
24. bis 31. Dezember geschlossen.

Wir trauern um

Dr. Peter Fricker

10.2.1935 – 9.11.2013

Peter Fricker, ehemals Oberst der Deutschen Volkspolizei, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der ISOR e.V. und war langjährig Stellvertretender Vorsitzender unseres Vereins. Besondere Verdienste erworb er sich durch seine langjährige Mitarbeit in der Redaktionskommission unseres Mitteilungsblattes „ISOR aktuell“. Als Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes garantierte er durch Umsicht und Korrektheit, dass Angriffen und Anfeindungen gegen ISOR jegliche juristische Grundlage entzogen wurde.

**Wir werden ihm stets ein ehrendes
Gedenken bewahren.**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.11.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.12.2013

Einstellung im Internet: 10.01.2014

Auslieferung: 16.01.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie

nach tel. Terminvereinbarung (030 29784315)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr